

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Wir werden Kurs halten

Euro-Bonds sind der falsche Weg



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Foto: Martin Lengemann

Über einige Diskussionen muss man sich schon wundern: Während an den Finanzmärkten neue Unruhe entsteht, während die Zinsen für Spanien erneut steigen – gerade in einer solchen Zeit wird auf internationaler Ebene mit dem Gedanken gespielt, den mühsam ausgehandelten Fiskalpakt für mehr Haushaltsdisziplin in Europa aufzuweichen. Stattdessen soll auf Pump das Wachstum angekurbelt werden. Und der frisch gewählte französische Präsident François Hollande unternimmt einen neuen Vorstoß für Euro-Bonds.

Wir können dankbar sein, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem G8-Gipfel in den USA in dieser Frage nicht nachgegeben hat. Wir wissen: Der Weg des Sparens ist beschwerlich, aber er muss gegangen werden. Erst mit der Sanierung der Haushalte werden wir die Euro-Schuldenkrise beenden. Nur ein Land, das seine Staatsfinanzen im Griff hat, wird sich zu akzeptablen Bedingungen Geld an den Fi-

nanzmärkten leihen können. Allerdings: Die Sanierung hat ja vielfach noch gar nicht begonnen.

Dass wir gleichzeitig nach Wachstum streben müssen, ist kein Widerspruch. Nachhaltiges Wachstum wird man aber nicht über neue milliardenschwere Konjunkturprogramme erzeugen können. Strukturreformen sind hierfür notwendig, auch wenn soziale Standards in einigen Ländern dabei in Frage gestellt werden müssen.

Vor allem aber gilt: Wer Konjunkturprogramme will, muss auch sagen, wer sie bezahlen soll. Ich habe den Verdacht, dass viele Deutschland als Financier im Blick haben. Das würde auch zum Vorschlag passen, in dieser Situation Euro-Bonds einzuführen. Unsere Zinslast würde damit aber rapide ansteigen. Deshalb werden wir uns Euro-Bonds widersetzen. Diejenigen, die Konjunkturprogramme wollen, müssen sagen, woher das Geld kommen solle. Auch von der SPD erwarte ich hier mehr Klarheit.

Auf gute Zusammenarbeit mit Michael Grosse-Brömer

In dieser Woche haben wir auf einem der wichtigsten Posten in der Fraktion einen Wechsel vollzogen. Peter Altmaier ist zum neuen Bundesumweltminister ernannt worden. Auf meinen Vorschlag hin wurde Michael Grosse-Brömer zum Nachfolger im Amt des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers gewählt – mit großer Mehrheit. Ich danke Peter Altmaier für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen zweieinhalb Jahren. Nun freue ich mich auf die mit Michael Grosse-Brömer. Er wird wie sein Vorgänger der Fraktion guttun.

Volker Kauder

Inhalt

Wir werden Kurs halten	1
Die SPD verhält sich widersprüchlich	2
Unionsfraktion lehnt Euro-Bonds vehement ab	3
EU-Staaten wollen Wirtschaftswachstum fördern	4
Afghanistan-Abzug: „Für uns gilt der NATO-Zeitplan“	5
Organspender kann jeder sein	6
Förderung für Kraft-Wärme-Kopplung wird ausgeweitet	6
„Mit Respekt an die Arbeit“	7
Bundestag verlängert KFOR-Einsatz um ein Jahr	7
Rio+20: Politiker und Experten sammeln Forderungen	8
„Einen neuen Aufbruch wagen“	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber

Michael Grosse-Brömer MdB

Stefan Müller MdB

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1

11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack

Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015

Telefax (030) 227 56660

pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Die SPD verhält sich widersprüchlich

Blockade ist keine Politik für die Menschen



Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Unser Vorsitzender Volker Kauder hat mich für das Amt des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers vorgeschlagen. Am Dienstag hat mir die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Wahl großes Vertrauen entgegengebracht. Für beides bin ich sehr dankbar.

Ich trete das Amt zuversichtlich und mit Respekt an. Mein Vorgänger Peter Altmaier, dem ich viel Glück als neuem Bundesumweltminister wünsche, hat es hervorragend ausgefüllt. Daran möchte ich anknüpfen.

Vor uns liegen bis zur Sommerpause Wochen, in denen wir eine Reihe von wichtigen Entscheidungen treffen werden. Wir wollen alles daran setzen, dass zur Stabilität des Euro die deutschen Begleitgesetze zum Fiskalpakt und zum Europäischen Stabilisierungsmechanismus zusammen verabschiedet werden.

SPD und Grüne müssen bei den anstehenden Verhandlungen im Vermittlungsausschuss Farbe bekennen. Wir werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den nächsten Wochen permanent darauf hinweisen, dass es die Opposition ist, die

ihnen die Lohnzuwächse nicht gönnt. SPD und Grüne blockieren die Abmilderung der kalten Progression, die ohne unsere Korrekturen große Teile der Lohnhöhungen auffressen wird. Wir sind für die Sanierung der Haushalte. Aber auch die Beschäftigten müssen ihren Anteil am Aufschwung haben. Die Opposition betreibt keine Politik für die Menschen.

„Die Opposition sollte hier nicht taktieren.“

SPD und Grüne scheinen auch den Klimaschutz und die Energiewende nicht ernst zu nehmen. Im Bundestag wird von ihnen die Förderung der energetischen Gebäudesanierung gestoppt. Gleichzeitig beklagen sie aber auch Verzögerungen bei der Energiewende. Das ist scheinheilig. Wer die Energiewende will, muss bereit sein, auch als Opposition dafür etwas zu tun.

Wir werden uns mehr mit der Opposition beschäftigen

Die Linke spaltet sich. Die Piraten äußern ganz offen, dass sie keine Antworten auf Fragen wie die der Stabilisierung des Euro geben wollen. In der SPD weiß keiner, wer aus dem Trio Gabriel, Steinmeier und Steinbrück den Ton angibt. Die Grünen verlieren immer mehr an Profil – und werden zum Abklatsch der SPD.

Die anderen Parteien und Fraktionen haben keine Antworten auf die Zukunftsfragen. Es ist an uns, die Bürger darauf hinzuweisen – bei jeder Gelegenheit, an jedem Ort. Die Aktuelle Stunde im Bundestag am Mittwoch dieser Woche zu den Euro-Bond-Plänen der SPD war ein guter Auftakt.

Unionsfraktion lehnt Euro-Bonds vehement ab

Aktuelle Stunde im Bundestag – Gemeinsame Anleihen sind „Schmerzmittel“, aber keine Lösung

Angesichts neuer Forderungen der Opposition nach der Einführung von Euro-Bonds haben sich Abgeordnete von CDU/CSU und FDP vehement gegen eine Vergemeinschaftung der Schulden in der Euro-Zone ausgesprochen. In einer Aktuellen Stunde des Bundestages am Mittwoch sagte der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle: „Wir wollen keine Euro-Bonds.“ Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Meister nannte gemeinschaftliche Anleihen der Euro-Mitgliedstaaten ein „Schmerzmittel, das zwar die Schmerzen lindert, aber die Probleme nicht löst.“

Die Aktuelle Stunde stand unter dem Motto „Keine Vergemeinschaftung europäischer Schulden – Euro-Bonds-Pläne der SPD: Haftung für deutsche Steuerzahler?“. Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Carsten Schneider, widersprach der Einschätzung, die SPD strebe Euro-Bonds an. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter (CDU), widerlegte diese Äußerung jedoch mit Zitaten von der SPD-Website.

Vor allem der neue französische Präsident François Hollande hat die gemeinsamen Anleihen sowie Wachstumsprogramme in jüngster Zeit wieder auf die europäische Agenda gesetzt. Mit Euro-Bonds könnten die Euro-Staaten gemeinsame Anleihen am Kapitalmarkt aufnehmen und würden dafür gesamtschuldnerisch haften. Alle Staaten der Währungsunion würden so Geld zum selben Zinssatz bekommen, unabhängig davon, ob sie ihre Haushalte konsolidieren oder ihre Verschuldungspolitik weiterbetreiben. Befürworter betrachten Euro-Bonds als Mittel, die Schuldenkrise im Euro-Raum zu überwinden.

Barthle stellte klar, Euro-Bonds seien nichts anderes als ein Instrumentarium, um sich günstig neu zu verschulden. Somit erleichterten sie die



Norbert Barthle und Michael Meister während der Aktuellen Stunde

Foto: Tobias Koch

Fortsetzung der Schuldenpolitik, die Europa in die Krise geführt hat. Die gemeinsamen Anleihen setzten indes keinerlei Anreize für hoch verschuldete Länder zu sparen. Im Gegenteil: Sogar Länder, die kurz vor der Insolvenz stünden, bekämen wieder leichteren Zugang zum Finanzmarkt. „So bekämen wir neue Wachstumsprogramme auf Pump“, warnte Barthle.

„Sozialistische Träumereien“

Meister erinnerte daran, dass die Väter der Währungsunion keine gemeinsame Haftung vorgesehen hätten. Auch die Rechtslage in Deutschland und Europa gebe das momentan nicht her. Meister machte deutlich, was Euro-Bonds in letzter Konsequenz bedeuten: Sie führten zu höheren Zinsen in Deutschland, obwohl es an den Finanzmärkten eine hohe Bonität genieße. In anderen Euro-Ländern, die auf Pump den Konsum anheizten, würden die Zinsen dagegen sinken. Dies könne man den deutschen Steuerzahlern nicht zumuten, betonte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende: „Dass wir die sozialistischen Träumereien in anderen Ländern bezahlen, das kann nicht sein.“

Solidarität und Solidität gehören zusammen

Als Ausdruck des Willens zu solider Haushaltspolitik haben 25 von 27 EU-Staaten einen Fiskalpakt unterzeichnet, mit dem sie sich auf die Einführung nationaler Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild verpflichten. Gemeinsam mit dem permanenten Europäischen Rettungsschirm ESM soll der Fiskalpakt noch vor der Sommerpause im Bundestag verabschiedet werden. Für die Ratifizierung des Fiskalpaktes ist allerdings eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich. Die SPD will den Fiskalpakt vom ESM entkoppeln und verlangt u.a. Wachstumsprogramme als Gegenleistung für ihre Zustimmung zu der europäischen Schuldenbremse.

Kampeter rief die Opposition dazu auf, beide Verträge rasch zu ratifizieren. „Solidarität und Solidität“ gehörten untrennbar zusammen, sagte der Parlamentarische Staatssekretär. Wer aber auf Zeit spiele und neue Schulden zulasse, werde den Herausforderungen in Europa und seiner Verantwortung vor den nachfolgenden Generationen nicht gerecht. Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum müssten mit Einsparungen und Strukturformen erreicht werden, mahnte auch Barthle.

EU-Staaten wollen Wirtschaftswachstum fördern

Informeller Gipfel für Strukturreformen und Investitionsanreize



Bundeskanzlerin Merkel mit dem französischen Präsidenten Hollande und dem italienischen Ministerpräsidenten Monti beim Gipfel

Foto: AP/Yves Logghe

tums beschließen. Mehr Wachstum in der Europäischen Union ist dabei kein neues Thema. Die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wachstum waren von Beginn an Teil der Krisenbekämpfung. Hierfür setzte sich vor allem die Bundeskanzlerin mit dem von ihr initiierten „Euro-Plus-Pakt“ ein – für mehr Wettbewerbsfähigkeit durch eine verstärkte freiwillige haushalts- und finanzpolitische Koordinierung in der Union. Auch Initiativen wie die Strategie „Europa 2020“, das „Europäische Semester“ und die nationalen Reformprogramme ermöglichen mehr Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und wirtschaftliche Integration in der Europäischen Union. Rechtlich verbindlich sind zudem bereits die Vorgaben aus dem sogenannten Sixpack zur Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit in den Staaten des Euro-Raums.

Europäische Investitionsbank

Auf Initiative des französischen Präsidenten Charles de Gaulle wurde die Europäische Investitionsbank (EIB) 1958 gegründet. Die EIB hat den Auftrag, „mit eigenen Kapitalmitteln zu einer ausgewogenen und reibungslosen Entwicklung des Gemeinsamen Marktes im Interesse der Gemeinschaft beizutragen“ – so heißt es in den europäischen Verträgen. Als Finanzierungsinstrument der EU vergibt sie zum Beispiel Kredite und bürgt für Projekte der Regional- oder Infrastrukturentwicklung. Dabei ist die EIB als finanzielle Sonder Einrichtung der EU nicht an Weisungen von Kommission, Rat oder Europäischem Parlament gebunden. Kapitaleigner der EIB sind die Mitgliedstaaten der EU. Das gezeichnete Kapital der EIB beläuft sich auf 163 Milliarden Euro. Von diesem Betrag sind satzungsmäßig 5,0 Prozent (rund 8,1 Milliarden Euro) eingezahlt. Präsident der EIB ist seit April 2012 ein Deutscher: der promovierte Volkswirt und ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer.

Schuldenkrise und kein Ende: Vergangenen Mittwoch trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zu einem informellen Gipfel in Brüssel, in dessen Mittelpunkt erneut die hohe Staatsverschuldung in der Währungsunion stand – diesmal allerdings mit einem anderen Schwerpunkt. Nach Fiskalpakt und Euro-Rettungsschirm befassten sich die Regierungschefs mit Maßnahmen zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums in der EU. Sie vereinbarten, das Wachstum mit strukturellen Reformen, einer Stärkung des europäischen Binnenmarktes und der Bereitstellung von europäischen Finanzmitteln für Investitionen anzukurbeln. Schuldenfinanzierte Wachstumsprogramme waren kein Thema.

Wachstum durch gezielte Investitionen

Neben Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit sowie den Rettungsschirmen EFSF und ESM bildet die Wachstumsstrategie das vierte Element zur Überwindung der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum. Vorgesehen sind wachstumsstärken-

de Maßnahmen auf nationaler sowie auf europäischer Ebene. Es sollen vor allem bereits vorhandene europäische Finanzmittel effektiver eingesetzt werden. Hierzu gehören speziell die Mittel aus den europäischen Strukturfonds, die nun gezielt für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung eingesetzt werden sollen. Um Investitionen zu erleichtern, wollen die Staats- und Regierungschefs die Aufgaben der Europäischen Investitionsbank (EIB) erweitern und möglicherweise auch ihr Stammkapital erhöhen.

Die EU-Kommission arbeitet bereits gemeinsam mit einzelnen Mitgliedstaaten an Wachstumsmaßnahmen. Staaten mit besonders hoher Jugendarbeitslosigkeit sollen beispielsweise die vorhandenen Strukturfondsmittel speziell dagegen einsetzen. Auch kleine und mittlere Unternehmen sollen aus den Fonds stärkere Unterstützung erhalten.

Vom „Euro-Plus-Pakt“ zum „Sixpack“

Im Juni wollen die EU-Staats- und Regierungschefs die konkreten Maßnahmen zur Verbesserung des Wach-

Afghanistan-Abzug: „Für uns gilt der NATO-Zeitplan“

Andreas Schockenhoff über den NATO-Gipfel in Chicago –
Raketenabwehr: Geduldige Bemühungen um Kooperation mit Russland



Andreas Schockenhoff
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Raketenabwehr, Afghanistan und gemeinsame Rüstungsprojekte – das waren die entscheidenden Themen des NATO-Gipfels, zu dem die Staats- und Regierungschefs der 28 Mitgliedstaaten am Anfang der Woche in Chicago zusammengekommen waren. „Fraktion direkt“ sprach mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Andreas Schockenhoff über die Ergebnisse des Gipfels.

Die neue Raketenabwehr der NATO für Europa ist teilweise einsatzbereit. Doch Moskau hat erneut seine Bedenken gegen den Abwehrschirm zum Ausdruck gebracht. Halten Sie es noch für möglich, Russland zu der von der NATO angebotenen Kooperation zu bewegen?

Schockenhoff: Die CDU/CSU unterstützt den Aufbau einer wirksamen Raketenabwehr mit allem Nachdruck – denn wir müssen uns vor der realen Bedrohung durch Atomwaffen in den Händen von Risikostaat wie Iran oder Nordkorea schützen können. Die NATO bemüht sich geduldig und intensiv um einen gemeinsamen Ko-

operationsrahmen mit Russland beim Aufbau der Raketenabwehr.

Leider haben wir erst zuletzt wieder öffentliche Drohungen von russischer Seite hören müssen. Dabei steht fest: Das System ist nicht gegen Russland gerichtet und beeinträchtigt den strategischen Wert der russischen Nuklearwaffen keineswegs. Wir wissen sehr genau, welche Sorgen sich Russland vor einem atomar bewaffneten Iran macht – deshalb macht es Sinn, eine Raketenabwehr gegen diese Bedrohungen zusammen mit Russland aufzubauen.

„Eine Frage der Berechenbarkeit“

Ein zentrales Thema beim Gipfel war der für 2014 geplante Rückzug aus Afghanistan. Der neue französische Präsident François Hollande will seine Truppen allerdings schon früher abziehen. Startet jetzt ein Rückzugswettbewerb der ISAF-Staaten?

Schockenhoff: Die NATO wird 2014 ihren ISAF-Einsatz in seiner bisherigen Form beenden. Es ist jetzt entscheidend, dass alle Bündnispartner sich weiter dem Ziel verpflichtet fühlen, die Verantwortung für die Sicherheit im Land bis dahin an die Afghanen zu übergeben.

Auch wenn Frankreich bis Ende des Jahres seine Kampftruppen aus Afghanistan abziehen sollte: Für uns gilt der NATO-Zeitplan. Denn dieser Zeitplan für eine Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände ist auf unsere eigenen Sicherheitsinteressen abgestimmt. Das ist kein stures Festhalten an Terminen, sondern eine Frage der Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit – gegenüber dem afghanischen Volk, gegenüber den afghanischen Streitkräften und

nicht zuletzt gegenüber den Bündnispartnern. Und das gilt auch für Frankreich. François Hollande muss sich fragen, inwiefern er mit seiner ersten wichtigen sicherheitspolitischen Entscheidung ein Signal mangelnder Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit gegenüber den Bündnispartnern aussendet.

„Angesichts knapper Kassen keine Wahl“

Angesichts knapper Kassen in den Mitgliedstaaten haben die Staats- und Regierungschefs auch 20 gemeinsame Rüstungsprojekte beschlossen. Welche Fähigkeiten übernimmt Deutschland?

Schockenhoff: Deutschland hat für drei Projekte eine Führungsrolle übernommen beziehungsweise angeboten: für das multinationale Streitkräfte-Hauptquartier in Ulm, die Zusammenfassung von Flugzeugen zur Seeraumüberwachung und die Einrichtung einer multinationalen militärgeografischen Unterstützungsgruppe.

Ist es nicht gewagt, wenn Mitgliedstaaten auf Fähigkeiten ganz verzichten?

Schockenhoff: Damit das Bündnis auch in Zukunft für unsere Sicherheit sorgen kann, bleibt uns angesichts knapper Kassen keine andere Wahl. Kein NATO-Mitglied kann sich das volle Spektrum militärischer Fähigkeiten leisten. Wir begrüßen deshalb das Bestreben im Bündnis zur Lastenteilung und zur Zusammenlegung von Fähigkeiten.

Organspender kann jeder sein

Transplantationsgesetz soll Spendenbereitschaft erhöhen – Nach wie vor kein Zwang zur Entscheidung

12.000 Menschen in Deutschland warten auf ein Spenderorgan; jeden Tag sterben drei von ihnen. Daher beschloss der Deutsche Bundestag am Freitag mit breiter Mehrheit einen Gruppenantrag, der die Erhöhung der Spendenbereitschaft zum Ziel hat. In Zukunft soll jede Bürgerin und jeder Bürger mindestens einmal im Leben mit dem Thema Organspende konfrontiert und aufgefordert werden, für sich eine Entscheidung zu treffen. Einen Zwang zur Entscheidung wird es aber auch in Zukunft nicht geben.

Die gesetzlichen Krankenkassen und die privaten Krankenversicherungen werden spätestens ab November 2012 Organspendeausweise und Informationsmaterial an ihre Versicherten versenden. Darüber hinaus

wird die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung intensiv über das Thema Organspende informieren. Und auch in den Bürgerämtern bei der Ausgabe von Personalausweisen und ähnlichen Dokumenten wird es Informationen zur Organspende geben.

Ein Transplantationsbeauftragter für jedes Krankenhaus

Ein weiteres Gesetz sieht vor, dass in Zukunft alle Krankenhäuser in Deutschland, die für eine Organentnahme infrage kommen, einen Transplantationsbeauftragten benennen müssen, der auch als Ansprechpartner für Angehörige dient. Darüber hinaus werden die Lebendspender besser rechtlich und sozial abgesi-

chert. Und auch die Nachsorge von Menschen, die ein Spenderorgan eingesetzt bekommen haben, oder von Lebendspendern wird durch das Gesetz deutlich verbessert.



©Sven Weber - Fotolia.com

Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung wird ausgeweitet

Bundestag beschließt Gesetzesnovelle – KWK-Anteil am Strom soll bis 2020 auf 25 Prozent steigen

Die Förderung hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen ist ein zentrales Element der Energiewende. KWK-Anlagen erreichen durch die Nutzung der bei der Stromerzeugung entstehenden Abwärme hohe Wirkungsgrade. Somit tragen sie zur Ressourcenschonung und zum Klimaschutz bei. Mit der in dieser Woche vom Bundestag beschlossenen Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) wird die Förderung erheblich ausgeweitet.

Ziel der Koalition ist es, bis 2020 einen KWK-Anteil an der Stromerzeugung von 25 Prozent zu erreichen. KWK-Anlagen werden bereits jetzt durch Zuschläge auf den marktübigen Strompreis gefördert. Sie haben wie EEG-Anlagen Anspruch auf vor-

rangigen Zugang zum Netz. Auch der Neu- und Ausbau von Wärmenetzen wird gefördert. Die Kosten der Förderung werden auf die Stromverbraucher umgelegt. Anders als im EEG ist die KWK-Umlage allerdings auf einen Betrag von maximal 750 Millionen Euro pro Jahr begrenzt.

Diese Deckelung bleibt in der Gesetzesnovelle zwar bestehen. Doch darüber hinaus sieht das Gesetz eine Anhebung des Fördersatzes für den – noch stockenden – Wärmenetzausbau vor. Der Neu- und Ausbau von Wärmespeichern wird zusätzlich gefördert. Für KWK-Anlagen, die ab 2013 dem EU-Emissionshandel unterliegen, werden die Zuschläge um 0,3 Cent pro Kilowattstunde erhöht. Zudem wird nun auch die Nachrüstung von

Kraftwerken mit KWK-Anlagen gefördert und die Förderung der Modernisierung von Anlagen erleichtert.

Der ebenfalls vom Plenum beschlossene Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen enthält weitere wichtige Verbesserungen des Fördersystems. Insbesondere werden die Förderzuschläge für alle Anlagenklassen um 0,3 Cent/kWh angehoben. Damit wird ein deutlicher Impuls für Investitionen in hocheffiziente Stromerzeugungsanlagen gesetzt. Für Anlagen mit einer Leistung zwischen 50 und 250 Kilowatt wird eine neue Förderkategorie mit einem Zuschlag von 4,0 Cent/kWh geschaffen. Die Förderung kleiner KWK-Anlagen bis zu 50 Kilowatt wird durch Einführung eines sogenannten Optionsmodells flexibilisiert.

„Mit Respekt an die Arbeit“

Grosse-Brömer ist neuer Erster Parlamentarischer Geschäftsführer – Brandt zum Justiziar gewählt

Michael Grosse-Brömer ist neuer Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion. Der ehemalige Justiziar der Fraktion wurde am vergangenen Dienstag mit 96,4 Prozent der Stimmen in das neue Amt gewählt. Als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer löst er Peter Altmaier ab, der am selben Tag zum neuen Umweltminister ernannt wurde. Zum neuen Justiziar wählten die Abgeordneten mit 99,4 Prozent der Stimmen Helmut Brandt, der seit 2005 Mitglied des Bundestages ist.

„Starkes Duo“ an der Fraktionsspitze

Grosse-Brömer sagte nach seiner Wahl, er werde „mit Respekt an die Arbeit“ gehen. Zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder wolle er ein „starkes Duo“ bilden. Kauder selbst zeigte sich zufrieden, dass die Fraktion nach dem Wechsel von Altmaier an die Spitze des Umweltministeriums nun wieder „voll handlungsfähig“ sei. Er erwarte eine harmonische Zusammenarbeit, sagte er.



Michael Grosse-Brömer vor der Fraktionssitzung

Foto:Tobias Koch

Der 51-jährige Volljurist Grosse-Brömer sitzt seit 2002 im Deutschen Bundestag. Seit 2005 ist er Mitglied im Vorstand der Fraktion, seit 2009 Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen. 2009 wurde er zunächst rechtspolitischer Sprecher, 2010 Justiziar der Fraktion.

Kauder würdigte die Arbeit Altmaiers, der zweieinhalb Jahre Par-

lamentarischer Geschäftsführer war. Altmaier sei ein „Glücksfall“ für die vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit an der Fraktionsspitze gewesen. In seinem neuen Amt als Umweltminister versprach Kauder ihm hundertprozentige Unterstützung.

Die Fraktion im Plenum

Bundestag verlängert KFOR-Einsatz um ein Jahr

Mandatsobergrenze von 1.850 Soldaten – Situation im Kosovo volatil

Die Bundeswehr beteiligt sich für ein weiteres Jahr am Einsatz der Vereinten Nationen im Kosovo. Der Bundestag billigte in dieser Woche die Verlängerung des Mandats für die KFOR-Mission. Bis zu 1.850 deutsche Soldaten können im Rahmen des Mandats eingesetzt werden. Derzeit befinden sich rund 800 Bundeswehrsoldaten in der ehemaligen serbischen Provinz. Die Kosten für die Verlängerung des Einsatzes um weitere zwölf Monate werden auf rund 68 Millionen Euro veranschlagt.

Das Kosovo, in dem mehrheitlich Albaner leben, hatte sich 2008 für unabhängig erklärt. Die KFOR-Truppen, die seit 1999 im Land sind, sollen solange bleiben, bis einheimische Kräfte die Sicherheit aller Bevölkerungsgruppen gewährleisten können. Derzeit sorgen rund 5.500 KFOR-Soldaten für die Sicherheit in der Republik. Grundsätzlich ist die Lage zwar stabil, doch waren vor allem im mehrheitlich von Serben bewohnten Norden im Herbst 2011 wieder Spannungen aufgeflammt. Damals wurde

ein deutsch-österreichisches Reservebataillon zur Verstärkung der KFOR-Kräfte in die Region verlegt. Dadurch stieg die Zahl der Bundeswehrsoldaten vorübergehend auf 1.600. Inzwischen wurde es durch ein italienisches Reservebataillon abgelöst.

Volatil blieb die Lage auch angesichts der Präsidentschaftswahlen im Mai in Serbien, aus denen der Ex-Nationalist Tomislav Nikolić überraschend als Sieger hervorging. Nikolić gibt sich zwar proeuropäisch, sein politischer Kurs ist jedoch unklar.

Rio+20: Politiker und Experten sammeln Forderungen

Fachkongress der Unionsfraktion zu Umwelt, Klima und Entwicklung

Vor 20 Jahren fand in Rio de Janeiro die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung statt. Sie gilt als Meilenstein für die Integration globaler Umwelt- und Entwicklungsfragen. In ihrer Abschlusserklärung verpflichteten sich die 172 Teilnehmerstaaten damals darauf, den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen der heutigen und kommenden Generationen in gerechter Weise zu entsprechen. Komenden Monat findet in Brasilien der „Rio+20“-Gipfel statt, auf dem Bilanz der zurückliegenden zwei Jahrzehnte gezogen und Schlussfolgerungen für die Zukunft formuliert werden sollen. Aus diesem Anlass hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Experten aus dem In- und Ausland das Fachgespräch „Rio+20 – Forderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitskonferenz“ in Berlin veranstaltet.

„Das Ziel bleibt: Erderwärmung nicht höher als zwei Grad.“

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Christian Ruck sagte voraus, dass es noch ein weiter Weg zu einem substantziellen Ergebnis der Konferenz von Rio sei. Deshalb gebe die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei diesem Fachgespräch den deutschen Nichtregierungsorganisationen Gelegenheit, ihre Forderungen an die Konferenz zu formulieren. Vorrang habe für die Fraktion das Anliegen, mit dem „Rio+20“-Prozess den Klimaschutz zu stärken. So wolle man dem Ziel näherkommen, die Klimaerwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Außerdem wolle man den Wald, die Artenvielfalt und die Wasserressourcen – einschließlich der Meere – schützen. Ferner bemühe

man sich um die Stärkung eines nachhaltigen Landmanagements und die Steigerung der Energieeffizienz. Aber auch Fragen mit großer Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung wie Bildung, Ausbildung und Forschung dürften nicht vernachlässigt werden.

Positive Bilanz nach zwei Jahrzehnten

Der ehemalige Bundesumweltminister und frühere Chef des Umweltschutzprogramms der Vereinten Nationen, Klaus Töpfer, zog eine positive Bilanz der letzten 20 Jahre. Es sei viel erreicht worden, sagte Töpfer. Dabei würdigte er insbesondere die Umsetzung der Konventionen zum Klimaschutz, zum Schutz der Artenvielfalt und zur Bekämpfung der Wüstenbildung. Nicht gering zu schätzen sei es auch, dass ein weltweiter Bevölkerungszuwachs von 1,3 Milliarden Menschen bewältigt worden sei.

Die Parlamentarischen Staatssekretärinnen Katherina Reiche (Bundesumweltministerium) und Gudrun Kopp (Bundesentwicklungsministerium) gaben einen Überblick über den Verhandlungsstand vier Wochen vor Konferenzbeginn. Beide zeigten sich sicher, dass es – wie oft bei Großkonferenzen – erst vor Ort zu einem erfolgreichen Abschluss kommen wird. Reiche erläuterte die EU-Verhandlungslinie, die auf feste Ziele und Zeitpläne setzt, vor allem in Bereichen wie Landmanagement, Meeresschutz, Wasser, Energie und Ressourceneffizienz. Kopp betonte die Notwendigkeit, dass sich alle Partner, also Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer, im Ergebnis wiederfinden müssten. Sonst habe dieses keine Chance auf Umsetzung. Wichtig sei es auch, den Zusammenhang vieler Themen, z.B. der Verfügbarkeit von sauberem Wasser mit der Ernährungssicherung, stärker als in der Vergangenheit zu beachten.

Dritte industrielle Revolution

Kandeh Yumkella, Generaldirektor der UNIDO, der UN-Organisation für industrielle Entwicklung, äußerte die Hoffnung, die „Rio+20“-Konferenz könne eine dritte industrielle Revolution einläuten. Diese sollte unter dem Vorzeichen des „Grünen Wirtschaftens“ („Green Economy“) stehen, also zur Verbesserung der Lebensbedin-



Christian Ruck auf dem Kongress

Foto: Steven Rösler

gungen aller Menschen beitragen, dabei aber Risiken für die Umwelt minimieren. Damit es dazu komme, müssten in Rio konkrete Maßnahmen vereinbart werden, die auch zügig umgesetzt würden, sagte Yumkella. Auch die Vertreter der Nichtregierungsorganisationen betonten, dass es nicht auf die Beschlüsse als solche, sondern auf die Umsetzung ankomme.

„Einen neuen Aufbruch wagen“

Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion auf dem 98. Deutschen Katholikentag – Christlicher Glaube gibt Impulse für die Politik



Foto: Stadt Mannheim/dapd

Unter dem Motto „Einen neuen Aufbruch wagen“ haben über das Himmelfahrtswochenende in Mannheim mehr als 80.000 Menschen gebetet, gefeiert und diskutiert. Auf dem 98. Katholikentag ging es hauptsächlich darum: Welche Impulse ergeben sich aus dem christlichen Glauben in Zukunft für Politik und Kirche? In über dreißig Gesprächsforen stellten sich Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Frage, wie sie als christdemokratische Politiker Kirche und Gesellschaft mitgestalten können. Die Unionsabgeordneten waren in Mannheim aber nicht nur als Politiker gefragt: Viele waren durch ihr ehrenamtliches Engagement in den Verbänden am Katholikentag beteiligt. Sie bewegte die Frage, wie der Aufbruch 50 Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil in ihrer Kirche verstetigt und erneuert werden kann.

Die Themenpalette der Podiumsdiskussionen, an denen auch Unionsabgeordnete teilnahmen, spiegelte die Vielfalt dessen wider, womit sich die Gläubigen des Katholikentages beschäftigten – von der Energiewende über den verantwortungsvollen Um-

gang mit Lebensmitteln bis zur Pflege, vom Internet über die Geschlechtergerechtigkeit bis zu Biopatenten. So beteiligte sich beispielsweise Bundeskanzlerin Angela Merkel an einer Diskussion darüber, wie das Zusammenleben der Generationen gelingen kann. Dabei rief sie zu einer Stärkung von Familien auf, denn sie seien „der natürliche Ort, wo Generationen Verantwortung füreinander übernehmen“. Angesichts einer alternden Gesellschaft forderte sie die Gesellschaft auf, Ältere besser in die Arbeitswelt zu integrieren.

Recht auf Religionsfreiheit einfordern

Der Unions-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sowie die Vorsitzende des Stephanus-Kreises, Ute Granold, betonten in Podiumsdiskussionen, dass die Union nicht aufhören werde, das universale Menschenrecht auf Religionsfreiheit überall einzufordern. In diesem Zusammenhang äußerte Kauder seine Sorge über die Entwicklung in Ägypten nach dem arabischen Frühling. Er verwies auf zahlreiche

Fälle von Gewalt und Diskriminierung der christlichen Minderheit der Kopten, die ihm in Gesprächen mit Vertretern der Kopten zugetragen worden waren.

Kauder besorgt über Lage der Christen

Die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Maria Flachsbarth, unterstrich den Wert der parlamentarischen Demokratie. Sie betonte gleichzeitig, wie wichtig es sei, Bürger bei Großprojekten frühzeitig einzubinden und die Entscheidungsprozesse transparent zu gestalten. Die umweltpolitische Sprecherin Marie-Luise Dött brachte den Kampf gegen den Klimawandel in Zusammenhang mit der Bewahrung der Schöpfung. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christian Ruck benannte die Herausforderungen der Entwicklungspolitik angesichts der Lage der Menschen in Afrika.

Subsidiarität und Solidarität wahren

Großen Andrang fand auch die traditionelle Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem Ehrenvorsitzenden, dem ehemaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, und dem Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück. Der Apostolische Nuntius Jean-Claude Pèrisset forderte in seinem Festreferat einen Aufbruch im Glauben. Er appellierte an die Gläubigen, die Prinzipien der katholischen Soziallehre, die Subsidiarität und die Solidarität, nicht aus den Augen zu verlieren. Beim anschließenden Empfang mit über 500 Gästen, unter ihnen auch der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, fand sich Gelegenheit zur Diskussion.

Soziale Netzwerke sehr beliebt

Wiesbaden – Mehr als die Hälfte (53 Prozent) der Internetnutzer in Deutschland hat 2011 soziale Netzwerke für private Kommunikation genutzt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, kommunizierten 29,6 Millionen Menschen (im Alter ab zehn Jahren) über diese Medien im Internet.

Soziale Netzwerke sind insbesondere bei jungen Erwachsenen beliebt: 2011 waren 91 Prozent der Personen im Alter von 16 bis 24 Jahren hier privat aktiv. Bei Internetusern im Alter von zehn bis 15 Jahren lag der Anteil bei 70 Prozent. Dagegen nahm die Anzahl der Nutzer in diesem Bereich mit zunehmenden Alter deutlich ab: Bei den 25- bis 44-Jährigen lag der Anteil bei 57 Prozent, bei den 45- bis 64-Jährigen bei 33 Prozent und bei den Internetnutzern ab 65 Jahren lediglich bei 28 Prozent. Frauen aller Altersgruppen kommunizierten häufiger als Männer über soziale Netzwerke privat.

Soziale Netzwerke für berufsbezogene Kontakte nutzten dagegen Männer (elf Prozent) häufiger als Frauen (sieben Prozent). Insgesamt beteiligte sich lediglich knapp jeder zehnte Internetnutzer aus beruflichen Gründen in sozialen Netzwerken (neun Prozent oder 5,3 Millionen Menschen).

Deutschland im Mittelfeld

Im europäischen Vergleich lag Deutschland sowohl bei der Nutzung sozialer Netzwerke für private als auch für berufliche Zwecke im Mittelfeld. Hier ist allerdings zu beachten, dass bei den Daten für die Europäische Union nicht die Internetnutzer



Zeichnung: Stuttmann

Termine (veranstaltungen.cducusu.de)

11. Juni 2012	Kongress Ländliche Räume
12. Juni 2012	Sommerfest der Fraktion im Zollpackhof
13. Juni 2012	Asien-Kongress
25. Juni 2012	Kongress Gesundheitsprävention

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

ab zehn Jahren betrachtet werden, sondern Internetnutzer im Alter von 16 bis 74 Jahren. Nach Eurostat-Ergebnissen rangierte Deutschland bei der privaten Kommunikation über soziale Netzwerke mit 52 Prozent knapp unter dem EU-Durchschnitt (53 Prozent). Spitzenreiter im EU-Vergleich sind Lettland (79 Prozent) und Un-

garn (76 Prozent). Bei der Nutzung für berufliche Zwecke erreichte Deutschland genau den EU-Durchschnitt von zehn Prozent. Die Niederlande (21 Prozent) und Finnland (20 Prozent) gehörten zu den europäischen Vorreitern in diesem Bereich.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/
cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)